

# Absolute Monarchie gegen absolute Demokratie

## Eine Analyse und Kritik der königlichen Machtübernahme - Teil 2

von Kanak Dixit

### Stärke und Souveränität des Staates

Neun Jahre maoistischer Aufstand haben den Staat und die nepalische Gesellschaft auf vielfältige Weise geschwächt. Es waren die *Maobaadi*, welche die bis dahin weitgehend auf zeremonielle Funktionen beschränkte Armee veranlassten, aus den Kasernen auszuruken und erstmals in modernen Zeiten landesweit eingesetzt zu werden. Die Rebellion hat die wirtschaftliche Entwicklung gebremst und die Entwicklung des Landes insgesamt zurückgeworfen. Sie hat zudem den Einfluss Indiens auf nationale Belange vergrößert, da Kathmandu New Delhi um Hilfe bei der Bekämpfung der Rebellen bat. In allen diesen Handlungsfeldern – von der Geopolitik bis zur Wirtschaft – hat der königliche Schachzug die von der Rebellion ausgelösten staatschwächenden Trends noch verstärkt. Neben der Verwicklung des Militärs in den Konflikt, sind die Auswirkungen auf die Wirtschaft und der Stillstand sämtlicher Entwicklungsaktivitäten besonders gravierend. Inzwischen scheinen die großen Mächte mit Einfluss auf Nepal gewillt zu sein, es New Delhi als der "am meisten betroffenen Partei" zu überlassen, die internationale Antwort sowohl auf den königlichen Coup als auch auf den maoistischen Aufstand zu koordinieren. Eingedenk der Tatsache, dass das nationalistische Projekt der Moderne seit der Zeit König Mahendras die Entwicklung einer unab-

hängigen Identität Nepals insbesondere im Verhältnis zu seinem mächtigen südlichen Nachbarn gewesen ist, kann mit Recht gesagt werden, dass der Staat durch die königliche Handlung noch viel mehr geschwächt worden ist. New Delhi kann heute mehr denn jemals zuvor in den letzten fünf Jahrzehnten Einfluss auf nepalische Angelegenheiten geltend machen.

### Menschliche/ Soziale Sicherheit

Weil die Unterstützung seitens der politischen Parteien und ihrer landesweiten Netzwerke fehlt und die Polizeikräfte an den Rand gedrängt und depressiv verstimmt sind, bleibt es der königlich-nepalischen Armee RNA überlassen, mit begrenzter Reichweite und Logistik für umfassende Sicherheit zu sorgen. Während das Militär auf diese Weise überfordert ist, kontrollieren die *Maobaadi* große Teile des Landes. Die ländliche Bevölkerung ist größerer Unsicherheit ausgeliefert als jemals zuvor, da Journalisten, Menschenrechtsverteidiger und Basisaktivist/innen daran gehindert werden, ihre Arbeit zu tun. Einige Stadtbewohner im Kathmandu Tal mögen eine gewisse Atempause verspüren, doch die Lage für die Mehrheit der Bevölkerung hat sich nach dem 1. Februar 2005 verschlimmert. Viele hatten gehofft, König Gyanendra hätte einen Plan gehabt, als er die Macht übernahm – entweder ein

geheimes Abkommen mit den Maoisten oder die Fähigkeit, eine rasche Militärkampagne gegen die Aufständischen in Gang zu setzen. Diese Hoffnung blieb auch sieben Wochen unerfüllt, stattdessen sind die politischen Parteien, die an Verfassungstreue und Rechtsstaatlichkeit glauben, gewaltsam aus der gesellschaftlichen Mitte ins Abseits gedrängt worden. Eine Blitzumfrage zur königlichen Machtübernahme würde höchstwahrscheinlich ergeben, dass König Gyanendra den nepalischen Durchschnittsmann bzw. die nepalische Durchschnittsfrau in den Distrikten außerhalb des Kathmandu Tals noch verwundbarer gemacht hat als zuvor. Angesichts der katastrophalen Menschenrechtsbilanz der Sicherheitskräfte und einer erschreckend hohen Zahl Verschwundener ist die Situation jetzt, da Nichtregierungsorganisationen und Medien kaltgestellt sind, ungleich gefährlicher für die Menschen.

### Die *Maobaadi*

Die langfristigen Perspektiven der *Maobaadi* Rebellion sind wegen des allgemeinen Zorns über das Chaos, das sie verursacht haben, wegen der Haltung Indiens und anderer geopolitischer Faktoren, wie auch aufgrund der wachsenden Kampfbereitschaft der königlich-nepalischen Armee (RNA) trübe. Der ständige Druck, durch Zwangsmaßnahmen Geld einzutreiben, die gesunkene

Moral der Kämpfer, die zu spektakulären Angriffen auf Armee und Polizeistützpunkten nicht mehr in der Lage sind, sowie der Verlust der politischen Kontrolle über zunehmend militarisierte Kader sind andere Gründe dafür, dass die *Maobaadi* wahrscheinlich im Laufe der Zeit unter dem Gewicht eigener Widersprüchlichkeiten kollabieren werden. Kurzfristig jedoch haben die Aufständischen durch die königliche Machtübernahme Auftrieb erhalten. Ihnen wurde durch die königliche Machtübernahme und das scharfe Vorgehen gegen das ganze Spektrum politischer Aktivisten ein Vorteil verschafft, ihnen allein wurde das Feld überlassen – mit dem Gewehr in der Hand. Sie haben nun auch noch eine wirkungsvolle Propagandawaffe erhalten, denn ein angeblich raffgieriges Königtum ist schon immer ihr erstes Angriffsziel gewesen, obwohl die Rebellion Mitte der 1990er Jahre gegen eine parlamentarische Demokratie begonnen wurde. Angesichts des Vakuums, das durch die harte königliche Maßnahme entstanden ist, könnte vielen Politikern und Aktivisten in den Distrikten keine andere Wahl bleiben, als sich zum Zwecke des schieren politischen und physischen Überlebens den Rebellenkommissaren zuzuwenden.

Mittlerweile werden die politischen Parteien, welche die maoistische Gewalt am Stärksten zu spüren bekommen haben, sogar noch aufgefordert, weiterzukämpfen, während man ihnen den Teppich unter den Füßen weggezogen hat. Es versteht sich von selbst, dass nichts jemals die entsetzliche Brutalität der *Maobaadi* gegen Unschuldige und Unbewaffnete rechtfertigen kann, noch ihre Wahl der bewaffneten Revolution anstelle einer sozialen Revolution im Kontext dessen, was im ländlichen Nepal notwendig und möglich gewesen war. Im Rückblick ist es schockierend, dass der Palast den oftmals geäußerten Rat der Väter der Verfassung wie auch politischer Analysten ignorierte, sich mit den politischen Parteien zu verbünden, und so die Rebellen politisch zu schwächen. Heute beabsichtigt König Gyanendra, ganz auf die militärische Karte zu setzen. Die Bevölkerung muss sich auf einen langen Leidensweg gefasst machen, falls es nicht wider Erwarten zu einem nicht mit der königlichen Machtübernahme in Beziehung ste-

henden Zusammenbruch des Aufstands kommt.

## Absolute Demokratie

Die *Maobaadi* könnten vielleicht langfristig von der RNA besiegt werden, wenn es gelänge, die nationale Wirtschaft aufrechtzuerhalten und die internationale Entwicklungshilfe wie auch die Militärhilfe fortgesetzt würden. Doch die für einen Sieg durch Waffengewalt erforderliche Zeitspanne würde eine Festsetzung des Militärs nach sich ziehen und der Bevölkerung einen unbezahlbar hohen Preis abverlangen. Die offene Gesellschaft, die mit großen Opfern der Menschen aufgebaut wurde, würde allmählich auf vielfältige Weise zunichte gemacht werden. Die einzige Antwort sowohl auf die politische Krise wie auch auf die maoistische Herausforderung ist eine Rückkehr zu absoluter Demokratie.

Die internationale Gemeinschaft einschließlich Indien, England und den USA, als der wichtigste Partner im Kampf des Staates gegen die *Maobaadi*, ist seit dem 1. Februar 2005 in ihrem Ruf nach einer Rückkehr zur Mehrparteiendemokratie standhaft geblieben. Das ist dankens- und begrüßenswert, doch es wäre unrealistisch, noch mehr Unterstützung aus dem Ausland zu erwarten. Die Schlacht um die Wiederherstellung der Demokratie muss jetzt innerhalb Nepals an Fahrt gewinnen. Jede politische Lösung, die von anderer Stelle herbeigeführt wird, wird zwangsläufig konservativer und weniger demokratisch sein, als eine, für die nepalische Bürgerinnen und Bürger kämpfen. Trotz allen guten Willens der Weltgemeinschaft werden ausländische Regierungen stets Stabilität für wichtiger halten als die Transformation der nepalischen Gesellschaft durch einen demokratischen Prozess. Es ist wahrscheinlich, dass diese externen Kräfte sich nach einer "Gnadenfrist" von wenigen Monaten auf eine Balance der Macht verständigen, die einen sich herausbildenden Status quo begünstigt, nicht jedoch ein Optimum an Demokratie, mit vollständiger Souveränität des nepalischen Volkes, hervorbringt. Inzwischen greift König Gyanendra bei seinem Versuch, das Land wie ein Firmenchef zu führen, auf die

Unterstützung seines Regimes durch diskreditierte Palastloyalisten zurück. Da eine ausgedehnte Königsherrschaft offensichtlich unmöglich ist, lassen sich die Konturen eines königlichen Plans erkennen, eine neue politische Landschaft aufzubauen, in der palasttreue politische Kräfte aus dem Hut gezaubert werden. Dementsprechend würden ergebene Royalisten herangebildet werden, um den monarchischen Aktivismus weit in die Zukunft hinein zu unterstützen. Dies würde eine gefährliches Ablenkungsmanöver und zugleich der Abschied von einer offenen Gesellschaft sein, die in Nepal wieder hergestellt werden muss.

## Ausblick auf die weitere Entwicklung

Angesichts eines Landes, das (mit Ausnahme von anderthalb Jahren Demokratie in den Jahren 1959 und 1960) erst 1990 aus Jahrhunderten autoritärer Herrschaft aufgestiegen ist, sind die Vorwürfe von Unfähigkeit, sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt zu bringen, die König Gyanendra gegen ein Dutzend Jahre Pluralismus richtet, unvernünftig und vorurteilsbehaftet. Anderthalb Jahrzehnte nach der Demokratiebewegung von 1990 sollte die Gegenwart eigentlich eine Zeit sein, in der Nepal die Feineinstellungen ihrer Demokratie vornehmen. Stattdessen scheinen wir an das Reißbrett zurückgekehrt zu sein. Während bis vor kurzem über Verfassungskorrekturen gesprochen wurde, die auf einen inklusiveren Staat zielten, sind wir jetzt auf die Pflicht zurückgeworfen, die Demokratie vor einer aktiven Monarchie zu retten. Tatsächlich ist es jetzt an der Zeit zu versuchen, den nepalischen Pluralismus sowohl vor dem Palast als auch vor den Aufständischen zu retten, und zwar auf dem Weg einer prinzipientreuen und dennoch praktischen Lösung.

Wie kann die aussehen? König Gyanendra hat noch immer die Option, mit den Parteien zusammenzuarbeiten, so wie er es bereits am 4. Oktober 2002 oder am 1. Februar 2005 hätte tun können. Die *Maobaadi* könnten noch immer ihre Waffen niederlegen und sich am demokratischen Wettbewerb politischer Parteien beteiligen. Doch weder die royalistische

noch die *Maobaadi* Denkart sind verlässliche Variablen. Daher ist es für diejenigen, die an eine offene Gesellschaft glauben, wichtig, einen unabhängigen Kurs einzuschlagen. Allein die politischen Parteien des suspendierten Dritten Parlaments besitzen die Legitimität, federführend die Verantwortung dafür zu tragen, denn sie mehr als irgend eine andere Entität (Monarch, Rebellen oder irgend jemand von der "Zivilgesellschaft") repräsentieren die Menschen aufgrund der Tatsache, dass sie sich dem Stimmzettel unterworfen haben..

Die Herausbildung einer konstitutionellen Praxis durch parlamentarische Verfahren unter rechtsstaatlicher Aufsicht ist der naheliegende Weg zu politischem Fortschritt. Das Durcheinander der Politik ist jedoch so groß, dass eine Überarbeitung der Verfassung von 1990 unvermeidlich ist, während man zugleich auf der durch sie geschaffenen Plattform steht. Eine solche Revision kann durch eine Umstellung oder die Kombination verschiedener Maßnahmen, einschließlich eines Referendums, Parlamentswahlen, Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung oder einen Runden Tisch aller beteiligten Parteien einschließlich der Rebellen herbeigeführt werden. Eine Verfassungsreform müsste die Kernpunkte des derzeitigen Diskurses beinhalten, wie etwa die Anbindung der Armee an eine zivile Regierung, eine restriktive Definition von konstitutioneller Monarchie, die dem König eine zeremonielle Rolle zuschreibt, die Beseitigung der Beifügung "Hindu" von der Beschreibung des Staates und die Überleitung zu einem föderalen Regierungssystem, das auf soliden wirtschaftlichen und politischen Prinzipien beruht, nicht auf Rasse, Ethnizität, Sprache oder Glaube. Während die Weiterentwicklung der Verfassung von größter Wichtigkeit ist, besteht die unmittelbare Pflicht darin, die Demokratie zu retten, wie wir sie unter der Verfassung von 1990 kennen. Ein Scheitern dieses Versuches könnte Abenteuerium von der extremen Linken oder Rechten einladen. Der rasche Abstieg zu einem autoritären Staat erfordert, dass die politischen Parteien sofort handeln, um die Menschen von der absoluten Monarchie zur absoluten Demokratie zu führen.

Die jetzige königliche Regierung unter

Vorsitz des Königs ist unrechtmäßig, sowohl aus Sicht der Verfassung von 1990 ebenso wie im Lichte allgemeiner demokratischer Grundsätze. Eine politische Lösung, welche die Monarchie vom Ruch des 1. Februar „befreien“ und zugleich den demokratischen Prozess wiederbeleben könnte, wäre natürlich die Wiedereinsetzung des Dritten Parlaments. Tatsächlich könnte kein politischer Schachzug menschenfreundlicher sein als das Unterhaus wieder für eine bestimmte Zeit einzusetzen, mit einem vorab erzielten Verständnis der wichtigsten Akteure über die hauptsächlichen Aufgaben, wie die Bildung eines Kabinetts, Gespräche mit den *Maobaadi* und die längerfristigen Verfassungsfragen. Falls König Gyanendra die königliche Proklamation von 1. Februar als großen Fehler erkennt, kann er sich noch immer für eine Wiedereinsetzung des Parlaments entscheiden – was zugleich eine sichere Maßnahme zu Rettung der Dynastie wäre.

Falls nicht durch Wiedereinsetzung des Parlaments, wäre eine politische Lösung durch eine Übergangsregierung unter Schirmherrschaft der demokratischen Parteien anzustreben. Falls König Gyanendra die Gefahren der Zeit erkennt, müsste er die Hilfe der Parteien suchen und sie ermutigen, eine solche Regierung zusammenzuflicken. Da davon auszugehen ist, dass er diese Option nicht in Betracht ziehen wird, müssen die politischen Parteien den Palast vor vollendete Tatsachen stellen, in dem sie eine fertig gebildete Übergangsregierung präsentieren, in der auch eine Reihe von anerkannten Persönlichkeiten berufen werden können. Eine von den Parteien, nicht vom Palast aufgestellte Regierung ist seit Oktober 2002 erforderlich, und kann noch immer ein Mittel sein, um gleichzeitig Demokratie wiederherzustellen, dem Aufstand zu begegnen und Politik und Wirtschaft zu stabilisieren.

Die Bildung einer Übergangsregierung durch die politischen Parteien würde eine Weiterentwicklung der politischen Perspektiven als Antwort auf den drastischen königlichen Schachzug vom 1. Februar nicht überflüssig machen. Es wäre eine Notmaßnahme, um auf die durch zahlreiche Umfragen belegten demokratischen Wünsche der Öffentlichkeit zu antworten, und zugleich sicherzustellen,

dass die unterstützende internationale Reaktion zugunsten der nepalischen Bevölkerung und gegen das königliche Abenteuerium nicht vergeblich ist. Wenn dann eine Regierung des Volkes anstelle der Königsregierung gebildet ist, dürfen diejenigen, die im Regierungssattel sitzen, die drängenden konstitutionellen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen nicht vergessen, die beantwortet werden müssen, um sicherzustellen, dass die Früchte der Demokratie endlich die nepalische Bevölkerung erreichen.

Es ist zu hoffen, dass die von den Rebellen im Dschungel und dem König im Palast ausgelöste Krise zu einer nüchternen Anerkennung der Notwendigkeit führt, die parlamentarische Demokratie wiederherzustellen und entschlossen zu schützen. Gleichzeitig stehen die politischen Parteien und ihre Führer unter erhöhtem Druck, sich so zu verhalten, dass das Vertrauen der Menschen in den demokratischen Prozess erhalten bleibt. Der Pfad der nahen Zukunft sollte von politischen Kräften bestimmt werden, die von der Zivilgesellschaft unterstützt und kritisch begleitet werden, um dem König die Stirn zu bieten und eine Übergangsregierung auf den Weg zu bringen. Die Menschen erwarten, dass ihre Vertreter auf die Not der Stunde reagieren.

In den vergangenen neun Jahren sind die Hoffnungen der Menschen durch die Gewalt, die der maoistische Aufstand hervorgerufen hat, massiv kompromittiert worden. Nun erleben sie das Unglück, von einem König, der die Erfordernisse des so genannten 21. Jahrhunderts missverstanden hat, in die entgegengesetzte und ebenso unrealistische Richtung geführt zu werden. Wie sehr kann sich das Los der Menschen noch verschlechtern? Wann wird Erleichterung kommen und in welcher Form? Die Nepalis haben es immer noch in der Hand, für sich selbst zu entscheiden, und den am 1. Februar 2005 eingeleiteten Regimewechsel umzukehren. Falls König Gyanendra seinen Griff auf den Staat nicht lockert, muss sich der Staat von ihm lösen. 

(Übersetzung: Thomas Döhne)

► **Zum Autor:** Kanak Dixit ist Herausgeber von *Himal South Asia*. Der erste Teil des Beitrages erschien in *SÜDASIEN* 1-2005.